

Reinhard Meyers Forderung nach einer Verwaltungsreform: Unternehmensverband begrüßt die Vorschläge des Wirtschaftsministers

Der Schleswig-Holsteinische Wirtschaftsminister Reinhard Meyer hat sich kürzlich für eine umfassende Verwaltungsreform im Lande ausgesprochen und die Ausdehnung der Metropolregion Hamburg auf das ganze Land als ersten Schritt auf dem Wege dahin vorgeschlagen. „Der Unternehmensverband Ostholstein-Plön begrüßt die Vorschläge des Ministers ausdrücklich“, erklärte der Vorstandsvorsitzende des Verbandes, Werner Süß. „Zum ersten Mal seit langer Zeit äußert sich ein Mitglied der Landesregierung hier zu einem Thema, dem die Koalition in Kiel bisher geflissentlich ausgewichen ist.“

Der Unternehmensverband, der sich als Interessenvertretung der Wirtschaft zwischen Lübeck und Kiel versteht, hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder für eine Verwaltungsstruktur- und Gebietsreform eingesetzt, die durch die Schaffung größerer Einheiten zu mehr Effizienz und Kostenreduzierung im Lande beitragen könnte. Man habe immer wieder auf das Ergebnis des sog. Korthals-Gutachtens verwiesen, so Werner Süß, wonach durch eine Neuschneidung vor allem für die finanziell klammen Kreise Kosten in Millionenhöhe eingespart werden könnten. Er erinnert daran, dass vor der Kommunalwahl 2008 bereits konkret über eine mögliche Zusammenlegung der Kreise Ostholstein und Plön gesprochen worden war. Die Idee sei dann Partikularinteressen geopfert worden.

„Minister Meyer hat die Diskussion mit seinem Vorschlag, über eine Erweiterung der Metropolregion nachzudenken, in eine neue Richtung gelenkt. Einen Prozess von unten anzustoßen und die Bürger mitzunehmen, anstatt gleich über die Schaffung eines Nordstaates zu sprechen, halten wir durchaus für einen gangbaren Weg“, so Werner Süß weiter. „Die regionale Wirtschaft kann sich in größeren Einheiten bei weniger Bürokratie besser entfalten als in den kleinteiligen Strukturen von heute. Bei uns rennt der Minister offene Türen ein. Wir sind gespannt zu erfahren, wie sich seine Partei, die Koalitionspartner und die kommunale Familie im Lande dazu äußern werden.“